

05.05.2010 – PM 31/2010

IG BAU: Nur jede 100. Mietwohnung seniorenrecht

## Wiesehügel: „Graue Wohnungsnot“

**Frankfurt am Main** – IG-BAU-Chef befürchtet „graue Wohnungsnot“: Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist nach Ansicht des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Klaus Wiesehügel, nicht auf die demographische Entwicklung vorbereitet. Bundesweit sei derzeit lediglich jede 100. der bundesweit rund 23,8 Millionen Mietwohnungen seniorenrecht ausgestattet. Wenn hier nicht gegengesteuert werde, sei in den kommenden Jahren mit einem dramatischen Mangel an Altenwohnungen zu rechnen.

„Vor dem Hintergrund der ständig steigenden Zahl älterer Menschen brauchen wir in Zukunft wesentlich mehr Wohnungen, die seniorenrecht ausgestattet sind. Wir brauchen barrierearme Wohnungen, die es Menschen bis ins hohe Alter ermöglichen, in den eigenen vier Wänden zu leben. Bis zum Jahr 2020 fehlen in Deutschland rund 550.000 seniorenrechtliche Wohnungen“, so Klaus Wiesehügel. Es dürfe in Zukunft nicht so sein, dass ältere Menschen nur allein deshalb ins Pflegeheim gehen müssten, weil eine ambulante Betreuung auf Grund der Ausstattung der eigenen Wohnung nicht mehr möglich sei. Wiesehügel: „Das dürfen und können wir uns nicht leisten.“

Neben der umweltfreundlichen Sanierung sei, so der IG BAU-Vorsitzende, der seniorenrechtliche Umbau von Wohnungen die wichtigste wohnungsbaupolitische Herausforderung der kommenden Jahre. „Wir brauchen hier ein wirkungsvolles Maßnahmenpaket gegen die ‚graue Wohnungsnot‘. Dazu gehören bessere Rahmenbedingungen und spezielle Förderprogramme.“ Als richtiges Signal wertete der IG-BAU-Vorsitzende in diesem Zusammenhang den heutigen Start des Modellprogramms „Altersgerecht umbauen“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Wiesehügel begrüßte zudem die Erweiterung des KfW-Förderprogramms „Altersgerecht Umbauen“, das neben dem zinsvergünstigten Darlehen seit diesem Monat auch einen Zuschuss für Eigenheimbesitzer und Mieter vorsehe. Das bisherige KfW-Förderprogramm sei jedoch lediglich ein Schritt in die richtige Richtung. Hier seien weitaus mehr KfW-Mittel erforderlich als die 80 Millionen Euro im vergangenen Jahr.

(2058 Zeichen)